

Meinung

Klimaschutz

Innovation und Umdenken

JULIA HAAK

In der vergangenen Woche fühlte es sich noch ein wenig absurd an, wie alle Welt das Karlsruher Urteil zum Klimaschutz feierte. Auch diejenigen, die für das Gesetz verantwortlich sind, das gerade vom Gericht für verfassungswidrig erklärt worden war. Dass sich Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) durch den Richterspruch bestätigt sah, war wenig erstaunlich. Hatte sie doch lange genug für ihr Klimaschutzgesetz gekämpft, dann aber vieles beim Koalitionspartner nicht durchsetzen können. Natürlich spricht sie jetzt vom Rückenwind, den sie durch das Gerichtsurteil spüre. Sie nutzt ihn gerade, um heute das durchzusetzen, was vor zwei Jahren nicht ging.

Bizarrr war es dann schon, als Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) die Entscheidung als epochal bezeichnete. Keine Silbe verlor der Minister darüber, dass sein Kabinettskollege, Verkehrsminister Andreas Scheuer von der CSU, anfangs wortgewaltig gegen das Gesetz zu Felde gezogen war und angesichts von Jahresvorgaben für jedes Ressort zur Reduzierung von Emissionen von Öko-Planwirtschaft gesprochen hatte. Es klang wie Öko-Diktatur. Das ist alles vergessen. Gerade fallen den Parteien, allen voran der CSU, noch mehr Vorschläge für besseren Klimaschutz ein.

Das ist eine Chance und zwar nicht nur für die Ministerin, die an einer Verschärfung ihrer disziplinierenden Emissionsvorgaben für die einzelnen Ressorts feilt. Die Einsparvorgaben werden zwangsläufig dafür sorgen, dass ein Umdenken stattfinden muss. Dass sich die Parteien darüber hinaus auch noch Gedanken über Strategien und Einzelmaßnahmen machen, ist begrüßenswert. Plötzlich geht es nicht mehr um Verbote. Innovationen, Umdenken und Ausprobieren könnten die Folgen sein, lange über den Wahlkampf hinaus.

Behinderte

Unbemerkt Skandal

CHRISTIAN SCHWAGER

Die geistig und körperlich behinderten Menschen in Berlin werden von jetzt an verstärkt gegen Corona geimpft. Endlich scheint sich für sie etwas zu bewegen. Nur zwei mobile Impfteams waren bisher in der Stadt unterwegs, pro Tag verabreichten sie 150 Dosen. Zwischenzeitlich wurde die Kampagne sogar wegen Unsicherheiten um das Vakzin Astrazeneca gestoppt. Allein 23.000 geistig behinderte Menschen leben in Berlin, bei diesem Tempo hätten sie ewig auf ihre zwei Dosen warten müssen.

Ein Skandal hat sich da abgespielt, weitgehend unbemerkt von einer größeren Öffentlichkeit. Er verdeutlicht ein generelles gesellschaftliches Problem: Wer hierzulande über keine Lobby verfügt, finanzkräftig oder einfach nur laut ist, der hat Pech. Obwohl Behinderte zu jenen gehören, die den größten Schutz benötigen, weil das Virus ihre Gesundheit, ihr Leben mit am stärksten bedroht, fielen sie durchs Raster. Während die Politik über die Rechte von Geimpften debattierte, blieben die Verletzlichsten außen vor.

Hilf dir selbst, dann wird dir geholfen – dies ist die politische, eine stillschweigend anerkannte Maxime. Es ist ein Prinzip, das nur bei denen funktioniert, die zur Selbsthilfe in der Lage sind. Es ist nicht für eine Pandemie gemacht, die individuelle Krisenfälle in Serie produziert. Es passt nicht zu einer Gesellschaft, die eine Teilhabe für alle anstrebt. Immerhin: Durch den Druck der Wohlfahrtsverbände ist für die Behinderten jetzt Besserung in Sicht. Beim Impfen. Aber sonst?

Es heißt, die Pandemie richte sich wie eine Lupe auf gesellschaftliche Schiefen. Das stimmt. Es stimmt aber auch: Verschwindet die Lupe, wird das Problem wieder unsichtbar.



Septembermobil

BERLINER ZEITUNG/THOMAS PLASSMANN

Sie haben sich nichts dabei gedacht, nicht nachgedacht oder alles durchdacht. Man weiß es nicht. Oder vielleicht weiß man es doch? Über die Internet-Kampagne der Schauspielersinnen und Schauspieler #allesdichtmachen wurde schon viel geschrieben und gesagt – und noch so viel könnte darüber gesagt und geschrieben werden.

Jeder hat eine eigene Meinung zu der Aktion. Viele Menschen haben den sarkastischen Ton eher rausgehört als den polemischen. Ich gehöre nicht zu ihnen. Ich bin fest davon überzeugt, dass sie bis zum letzten Wort orchestriert war. Viele Beteiligte haben ihre Videos wieder löschen lassen. Sie haben behauptet, nichts voneinander oder von der Botschaft, die durch die Kampagne vermittelt wurde, gewusst zu haben. Ganz klar auch aus Angst um ihre eigene Reputation.

Die Kampagne stellt vielleicht den Tiefpunkt der Debattenkultur in Deutschland dar, zumindest steht sie symbolisch für ein weitaus größeres Problem in unserer Gesellschaft. Wir leben in einem Zeitalter, in dem Artikel nicht mehr gelesen werden, sondern nur Überschriften und Vorspanne zählen. Es wird gefälscht, falsch verstanden, es werden aus Berichten die passenden Statements herausgegriffen, zugespitzt und über die sozialen Medien in die Welt gesetzt. In einer weltweiten Pandemie, wo die Gesundheit aller auf dem Spiel steht, ist das fatal und zieht einen gewissen Kaskadeneffekt nach sich.

Wenn ich beispielsweise schreibe, dass das Coronavirus gar nicht so gefährlich ist, wie immer behauptet wird, dies mit Aussagen von Virologen unterfüttere, die dazu eine klare Minderheitenmeinung haben, verbreite ich Alternativen, die eigentlich keine sind. Exakt das spielt sich auf den Querdenker-Plattformen ab. Sie ziehen sich die passenden Statements heraus und formen aus Außenseiterpositionen „ultimative Wahrheiten“, die in den gleichgeschalteten Medien angeblich aber nie thematisiert

#allesdichtmachen

Tiefpunkt der Debatte



MIRAY CALISKAN

werden. Dann heißt es: Nur sie können das Thema Corona differenziert betrachten – und plötzlich spielt es keine Rolle mehr, dass eigentlich sie es sind, die völlig undifferenziert berichten. Wenn die Aussagen infrage gestellt werden, heißt es: „Was darf man überhaupt noch sagen?“ oder „DIE Medien und DIE Regierung verbreiten Angst und Panik, um UNS, die Bürger, zu lenken“. Längst geht es nicht mehr um die Frage, ob wir nicht mehr in der Lage sind, andere Meinungen auszuhalten. Auch nicht darum, ob es heutzutage „verboten“ sei, Kritik auszuüben, sondern darum, in einem vergifteten Diskurs die eigene Weltanschauung durchzuboxen. Diese Scheindiskussionen gibt es nicht nur bei wissenschaftlichen Themen, sondern insbesondere bei den politischen Entscheidungen. Bei #allesdichtmachen bedient man sich eines Narrativs, das

man aus der Querdenker-Szene kennt. Völlig undifferenziert, ohne Alternativen. Netzpolitik.org hat herausgefunden, dass Volker Bruch, einer der Initiatoren der Aktion, in die Corona-Protest-Partei „Die Basis“ eintreten wollte. Eine Nähe zu Querdenkern hatten die Beteiligten immer vehement von sich gewiesen.

Bruchs Kollege Jan Josef Liefers findet, dass die Medien die Corona-Maßnahmen unwidersprochen wiedergegeben haben – was nicht wahr ist. Nach der Veröffentlichung seines Videos berichtet er in diversen Interviews, dass er Zeitungen und Online-Nachrichten monatelang abbestellt habe – gibt also ganz offen zu, gar keine Ahnung davon zu haben, worüber berichtet wurde (und worüber nicht), trotzdem kritisiert er die „unkritischen Medien“. Das ist so absurd, dass es fast schon wieder lustig ist.

Die Aktion hätte auch ganz anders aussehen können, wenn den Schauspielern wirklich etwas an der eigentlichen Kritik gelegen hätte. Sie hätten sich konstruktiv zu den Maßnahmen äußern können, sie hätten darauf aufmerksam machen können, wie eine ganze Branche in der Pandemie zugrunde geht, hätten junge Kulturschaffende in den Fokus rücken können. Vielleicht sogar mit einer Spendenaktion? In ihrer privilegierten Position hätten sie damit etwas Sinnvolles getan. Stattdessen scheint für einige die Genußnahme zu reichen, sich im Netz präsentieren zu dürfen. Und dadurch unweigerlich – ohne Konsequenzen davonzutragen – viel Schaden anzurichten.

Spätestens beim scheußlichen Video der Schauspielerin Katharina Schlothauer, in dem sie mit ihrer „Dankbarkeitsatmung“ an um Luft ringende Corona-Patienten erinnert, kommt man nicht umhin, sich zu fragen: Was hat sie sich nur dabei gedacht? Ganz sicher nicht gedacht hat sie an die 83.000 Menschen, die allein in Deutschland durch Sars-CoV-2 ums Leben gekommen sind. Und ganz sicher nicht an die Familien und Freunde, die zurückgeblieben sind.

sich bisher als Wucheropfer, ist ihnen inzwischen klar, dass zu viel noch viel zu wenig ist. Denn in der Karibik, dem traditionellen Sammelbecken von Vermögensverwaltern mit Samaritersyndrom, wird ihr Mietzinsen scheinlich erwartet. Wegen des Mietstoppes nahm Akeilius im vergangenen Jahr um die 20 Millionen Euro weniger ein als geplant. Selbstredend fordert das Unternehmen nun jeden weggedeckelten Cent nach. Gegen den Hunger. Ich gehe davon aus, dass das auch den betroffenen Mietern ein Bedürfnis ist. Wer wollte sich denn solch karitativem Lastenausgleich verweigern? Leute, die noch mit relativ günstigen Altverträgen Akeilius-Wohnungen blockieren, werden diese Objekte nun gewiss gern für Turbomodernisierungen räumen. Dann können die Wohltäter dort endlich mehr Rendite herausholen, allein für die leidenden Kinder.

Meine Hauseigentümer lassen, wie gesagt, derlei Ambitionen glücklicherweise nicht erkennen. Wer ihrer nächsten Mieterhöhung widerspricht, braucht sich keine Gedanken zu machen, dass afghanische Tretminenopfer deshalb womöglich keine neuen Prothesen kriegen. Das nimmt Druck von mir. Andernfalls dürfte ich ja jetzt nicht länger des Briefes der Vermieter harren, sondern müsste ihnen einen schreiben: Verdamm, wieso trödelt ihr mit der Mieterhöhung? Mein Geld wird doch gebraucht.

Kolumne

Der Brief ohne Marke

ANDRÉ MIELKE

sächlich nicht Miethai, sondern Menschenfreund. Das nach ihm benannte Unternehmen gehört nämlich größtenteils einer Stiftung mit Sitz auf den Bahamas, die stattliche Summen an wohltätige Organisationen überweist. Genau deshalb bescheinigt Herr Akeilius der Landesregierung, mit ihrem, aus seiner Sicht, gottlob gescheiterten Mietendeckel für das Elend der Weltverantwortlich zu sein: „Soll die Stiftung lieber den rot-roten grünen Aktivisten helfen, statt 200 Kinder in Kambodscha vor dem Verhungern zu bewahren? Rot-Rot-Grün stiehlt Geld von leidenden Kindern.“ Alter Schwede.

Garantiert leiden Akeilius-Mieter jetzt unter Mindermietscham. Wähten viele

Zitat

„CDU/CSU wissen, dass sie nicht über 30 Prozent kommen, sodass wir jetzt mit einem sehr guten Ergebnis deutlich in den oberen 20 Prozent auch die nächste Regierung führen können.“

Olaf Scholz, SPD-Kanzlerkandidat, hält seine Partei trotz niedriger Umfragewerte für nicht abgehängt.

Auslese

Nationales Versagen

Die liberale schwedische Tageszeitung *Dagens Nyheter* kommentiert die Einwanderungspolitik von US-Präsident Joe Biden: „Die Krise an der mexikanischen Grenze hat einen starken Kontrast zwischen den leeren Versprechungen von Präsident Joe Biden und der Notwendigkeit geschaffen, eine Art Ordnung in die US-Einwanderungspolitik zu bekommen. Biden hat über eine umfassende Reform gesprochen, um Millionen von Menschen ohne Papiere einen Weg zur Staatsbürgerschaft zu ermöglichen, was äußerst schwierig durchzusetzen sein wird. Für die Grenze hatte er offenbar überhaupt keinen Plan. Er hat den Mauerbau gestoppt und langsam Mittel beschafft, um sich um die unbegleiteten Kinder zu kümmern, aber darüber hinaus ist es unklar.“

Die *Los Angeles Times* schreibt: „Unser gesetzliches Einwanderungssystem liegt in Trümmern. Und während Biden mit neuen Vorschriften, aufgeschobenen Abschiebungen und geldgetriebener Diplomatie zur Stabilisierung der Herkunftsländer an den Rändern herumdoktern kann, ist es am Kongress, dies zu beheben. Indes hat die Politisierung der Einwanderung die Sache noch schlimmer gemacht. Auf gewisse Weise ist das Versagen des Kongresses unser nationales Versagen, sich auf einen Ansatz zu einigen, Prioritäten zu setzen und anzuerkennen, dass selbst wenn einige Menschen, die an der (südlichen) Grenze ankommen, kein legales Recht auf Einwanderung haben, sie zumindest menschlich und respektvoll behandelt werden müssen. (fs.)“

Berliner Zeitung

PFLICHTBLATT DER BÜRSE BERLIN

Herausgeber: Dr. Michael Maier

Textchefin: Bettina Cossack (VSiSP)

Redaktionelle Koordination: Karim Mahmoud, Tobias Müller

Reporter: Ruth Schneberger, Jan Schmidt

Dossier: Anja Reich, Sabine Rennefanz

Ressorts

Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar

Welt & Nationen: Dr. Michael Maier

Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Brienne

Kultur: Harry Nutt

Lernen & Arbeiten: Eva Corino

Gesundheit & Leben: Ruth Schneberger

Sport & Leidenschaft: Benedikt Paetzholdt

News: Philippa DeJonge

Chef Fotoredaktion: Paulus Ponitzak

Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressgesetzes.

Chef Print: Ingo Preißer

Chefin Art Direction: Stephanie Franziska Scholz

Print Art Direction: Annette Tiedje

Chefin Open Source: Dr. Petra Kohse

Lesertelefon Redaktion: +49 30 63 33 11-457

E-Mail: leser-biz@berlinerzeitung.de

Redaktion: Berliner Newsroom GmbH

Geschäftsführung Berliner Newsroom GmbH:

Dr. Mirko Schiefelbein (Vorstand), Tobias Müller, Jan Schmidt

Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Vorlag: Berliner Verlag GmbH

Geschäftsführung: Dr. Mirko Schiefelbein (Vorstand), Holger Friedrich

Postadresse 11509 Berlin, Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-53 33

Anzeigen: BVZ Anzeigenzeitungen GmbH, Geschäftsführung: Holger Friedrich

Postfach 11 05 06, 10835 Berlin;

Anzeigenannahme: +49 30 23 27-50; Fax: +49 30 23 27-66 97

E-Mail: kundenservice@berlinerzeitung.de

Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berlinerzeitung.de

Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH,

Geschäftsführung: Steffen Heimschrott, Holger Friedrich

Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin,

Internet: www.berliner-zeitungsdruck.de

Leserservice: Abv. +49 30 23 27 77, E-Mail: leserservice@berlinerzeitung.de

Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung wöchentlich Mo-Fr

sowie als Wochenendausgabe samstags im Berliner Verlag.

Mit dem Digital-Abv der Berliner Zeitung erhalten Sie

jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zeitung.de.

Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer

Internetseite aboshop.berliner-zeitung.de

Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen (Streik/Aussperrung) besteht

kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.

Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotomaterial wird

keine Haftung übernommen.

Die Auflage der Berliner Zeitung wird von der unabhängigen Informations-

gemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern geprüft.